

Stellungnahme zum

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung mautrechtlicher Vorschriften

Berlin, 27.04.2023

Vorbemerkung

Der VCD begrüßt die mit dem Gesetzentwurf verbundene Ausweitung der Lkw-Maut auf kleinere Fahrzeuge sowie auf CO₂. Dies ist ein wichtiger Beitrag, um den CO₂-Ausstoß des Straßengüterverkehrs zu verringern, der aktuell ein Drittel aller verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen verursacht.

Wir bemängeln aber die mit nur einem Tag äußerst kurze Rückmeldefrist, die es nicht ermöglicht, detailliert zu dem Gesetzesentwurf Stellung zu nehmen. Wenn eine Verbändeanhörung ernst genommen würde, sollte die Frist für Stellungnahmen deutlich länger sein. Ansonsten verkommt die Beteiligung zu einem Muster ohne Wert.

Grundsätzliche Anmerkungen

Mit der Ausweitung der Lkw-Maut auf Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen sowie der Einführung eines zusätzlichen Teilbetrags für den CO₂-Ausstoß werden europäische Vorgaben umgesetzt. Wir begrüßen, dass sich bei der Höhe der CO₂-Differenzierung am Maximalsatz der von der EU-Richtlinie vorgegebene Kostenspanne orientiert wurde. Bei den vorgesehenen Ausnahmen für die Mauterhebung bei Handwerkerfahrzeugen muss dafür gesorgt werden, dass kein Missbrauch betrieben wird.

Die vorgesehenen Änderungen setzen Anreize, den Antriebswechsel hin zu emissionsfreien Lkw – sowohl bei schweren Nutzfahrzeugen und Sattelzugmaschinen als auch bei kleineren Transportfahrzeugen – zu beschleunigen. Diese alleine reichen aber nicht aus. Zusätzlich braucht es auch eine Verlagerung von Transporten auf die Schiene. Daher begrüßen wir, dass in einem ersten Schritt ein Teil der zusätzlichen Mauteinnahmen für Investitionen in Mobilität allgemein, insbesondere für den Schienenverkehr eingesetzt werden soll. Dies sollte aus unserer Sicht Anlass sein, generell weg vom Ansatz „Straße finanziert Straße“ hin zu „Verkehr finanziert Verkehr“ zu kommen. Wichtig dabei: Investitionen vorrangig in die Infrastrukturen zu lenken, die zum Klimaschutz und zur Verkehrswende beitragen.

Für nicht sachgemäß halten wir die vorgesehene Absenkung des Mautteilsatzes für Infrastrukturkosten für emissionsarme Fahrzeuge. So sind die Infrastrukturkosten unabhängig vom Antrieb und erhalten emissionsfreie Lkw bereits einen finanziellen Vorteil dadurch, dass für sie keine CO₂-Komponente anfällt. Mit steigender Zahl emissionsfreier



Mobilität für Menschen.

Lkw sinken die Mauteinnahmen und steht zunehmend weniger Geld für die Infrastruktur zur Verfügung.

Grundsätzlich sollte die Bundesregierung daher den Weg frei machen für fahrleistungsabhängige Infrastrukturnutzungsentgelte auf *allen* Straßen und für *alle* motorisierten Kraftfahrzeuge. Nur so kann künftig bei rückläufigen Einnahmen aus der Energiesteuer eine nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung sichergestellt werden.

Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD)

Wallstr. 58

10179 Berlin

www.vcd.org